

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Fritsche, Andrea et al.

Gemeinwesenarbeit als Sicherheitsfaktor im öffentlichen Raum? Ergebnisse der Wirkungsevaluation sozialräumlicher Projekte im Rahmen des KIRAS-Projekts „community work’s“

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1/2024), 47-58.

doi: 10.7396/2024_1_E

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Fritsche, Andrea et al. (2024). Gemeinwesenarbeit als Sicherheitsfaktor im öffentlichen Raum? Ergebnisse der Wirkungsevaluation sozialräumlicher Projekte im Rahmen des KIRAS-Projekts „community work’s“, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 47-58, Online: https://dx.doi.org/10.7396/2024_1_E.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag Österreich, 2024

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag Österreich (<https://www.verlagoesterreich.at/>) erschienen.

Online publiziert: 5/2024

Gemeinwesenarbeit als Sicherheitsfaktor im öffentlichen Raum?

Ergebnisse der Wirkungsevaluation sozialräumlicher Projekte im Rahmen des KIRAS-Projekts „community work’s“

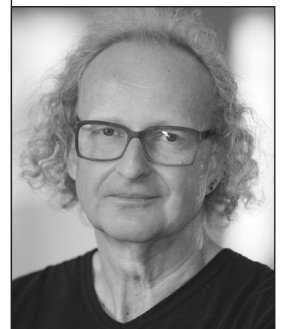
Sicherheit im öffentlichen Raum kann nicht nur über Überwachung, Kontrolle und die Sanktion von Kriminalität und Gewalt hergestellt werden. Gerade wenn neben objektiver auch subjektive Sicherheit mitgedacht wird, rücken für die Bearbeitung von Unsicherheitsphänomenen soziale Maßnahmen ins Blickfeld. Der international anerkannte Ansatz der Gemeinwesenarbeit (GWA) zielt darauf ab, demokratische und zivilgesellschaftliche Prozesse zu stärken und soziale Integration zu fördern und so sicherheitsrelevante Faktoren zu beeinflussen. Im Rahmen des KIRAS-Forschungsprojekts „community work’s“ wurden zwischen 2020 und 2022 die Wirkweisen unterschiedlicher GWA-Ansätze in Österreich untersucht und hinsichtlich ihrer Sicherheitsrelevanz eingeordnet. Die Ergebnisse zeigen positive Einflüsse der Präsenz von GWA auf das subjektive Sicherheitsgefühl von Nutzerinnen und Nutzern öffentlicher Räume. Über verschiedene am Gemeinwesen orientierte Maßnahmen der Sozialen Arbeit können auf vielfältige Weise Gelassenheit im Umgang mit urbanen Phänomenen gestärkt, Inklusion artikulierungsschwacher Gruppen in Gestaltungsprozesse gefördert, aber auch Bildungsprozesse angeregt werden, die den Umgang mit beängstigenden Transformationsprozessen erleichtern.

1. EINFÜHRUNG – SICHERHEIT, ÖFFENTLICHER RAUM UND GWA (Un-)Sicherheit wird insbesondere im öffentlichen Raum häufig mit Begriffen wie Kriminalität, Gewalt und Devianz in Verbindung gebracht. Überwachung, Kontrolle und strafrechtliche bzw. ordnungspolitische Sanktionen devianter Verhaltensweisen erscheinen infolge als adäquate und wirksame Reaktionen. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen jedoch, dass diese Gleichsetzung zu kurz greift, und Sicherheit, wie bereits die englischsprachige Unterscheidung in „safety“ und „security“ zeigt, komplexer zu denken ist: Messbare Phänomene bzw.

Normabweichungen, die als deviant etikettiert werden oder Eingang in Kriminalstatistiken finden, können als „objektive“ (Un-)Sicherheit bzw. als Sicherheitslage eines Sozialraums gefasst werden. Auf gesellschaftlicher Ebene ebenso relevant und nur bedingt mit objektiver Sicherheit verbunden erweist sich jedoch die subjektive (Un-)Sicherheit bzw. das personale (Un-)Sicherheitsgefühl. Dieses äußert sich u.a. in Kriminalitätsfurcht (vgl. Schewe 2006, 322; Kunz/Singelnstein 2021, 428–432), in der Vermeidung bestimmter Räume, in Irritationen, Belastungen oder aber auch in Ablehnung bestimmter Nutzerinnen- und Nutzergruppen des öffentlichen Raums.



ANDREA FRITSCHÉ,
*Soziologin und Senior Scientist
am Institut für angewandte
Rechts- und Kriminalsoziologie der
Universität Innsbruck.*



ANDREAS BENGESSER,
*Ökonom und FH-Professor an der
FH Campus Wien und Leiter des
Kompetenzzentrums für
Soziale Arbeit.*



CHRISTOPH STOIK,

Sozialarbeiter und FH-Professor an der FH Campus Wien.



HEMMA MAYRHOFFER,

Soziologin und Leiterin des Instituts für angewandte Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) der Universität Innsbruck (Standort Wien).

Noch breiter gefasst ist das Konzept der umfassenden Sicherheit („comprehensive security“), die „die dauerhafte Gewährleistung eines hohen Niveaus an Lebensgrundlagen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft“ (FFG o. J.) meint. Während objektive Unsicherheit durch bestimmte Normüberschreitungen Dritter verursacht wird, stellen sich die Ursachen subjektiver Unsicherheit weit komplexer dar und stehen nur bedingt mit objektiv nachweisbaren Sicherheitsrisiken in Verbindung: Trotz erhöhter Wahrscheinlichkeit, im sozialen Nahraum Opfer von Gewalt zu werden, erscheint das Zuhause meist sicherer als die dunklen Plätze im öffentlichen Raum; auch wenn innerstädtische Gebiete in Wien statistisch höhere Raten angezeigter Körperverletzungen, Raubtaten oder polizeilich registrierter Sachbeschädigungen aufweisen, erscheint das persönliche Sicherheitsgefühl in diesen Räumen größer als in manchen Außenbezirken mit statistisch niedrigerer Kriminalitätsbelastung (vgl. ÖIF 2020, 39; Fuchs 2017, 45; Feltes/Reiners 2019, 96–98). Gleichzeitig legt der Forschungsstand nahe, dass Interventionen, die auf die Verbesserung der objektiven Sicherheitslage abzielen, nur bedingt zu einem verbesserten subjektiven Sicherheitsgefühl beitragen (vgl. z.B. Farrall et al. 2009; Lüdemann 2006; Köhn/Bornewasser 2012). Subjektive (Un-)Sicherheit und Kriminalitätsfurcht im öffentlichen Raum werden v.a. auch durch den Einfluss verunsichernder Disorder-Phänomene, wie z.B. schlechte Beleuchtung, Müll, heruntergekommene Fassaden, und unzureichende soziale Integration bzw. fehlendes lokales Sozialkapital erklärt (vgl. Häfele 2013; Lüdemann 2006; Hirtenlehner/Hummelsheim 2015).

Das Sicherheitsgefühl wird somit durch mehrere, komplex zusammenwirkende Faktoren beeinflusst: Auf personaler Ebene können z.B. sozio-strukturelle Merkmale

wie Alter und Geschlecht, ökonomische Ressourcen oder Bildung mitbestimmen, wie verletzbar sich das Individuum sieht oder die eigenen Fähigkeiten, mit Irritationen bzw. Risiken umzugehen, einschätzt. Auf sozialer Ebene wird das subjektive Sicherheitsgefühl dadurch mitbeeinflusst, inwiefern bestimmte, im öffentlichen Raum aufhältige Personen oder Gruppen als „fremd“ oder als potenziell delinquent wahrgenommen werden. Auch die Einschätzung, inwieweit Dritte bei möglichen Normbrüchen intervenieren, d.h. im Anlassfall zu Hilfe kommen, aber auch eigene Erfahrungen von Ausschluss bzw. Unerwünschtheit im öffentlichen Raum spielen in dem Zusammenhang eine Rolle. Ebenso können generalisierte Ängste bzw. fehlende Gewissheiten in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Transformationen (z.B. am Arbeitsmarkt, infolge von Zuzug etc.) in Kriminalitätsfurcht übersetzt werden (vgl. Hirtenlehner 2006). Subjektive (Un-)Sicherheit steht demnach eng mit der Wahrnehmung der Umwelt bzw. „des Anderen“ in Verbindung. Dabei schafft nicht alleine die Anwesenheit von z.B. suchtmittelkonsumierenden oder wohnungslosen Menschen oder migrantisierter bzw. lärmender Jugendgruppen im öffentlichen Raum Unsicherheit, sondern diese entsteht, wenn die problematisierten Gruppen als „fremd“, ihr Handeln als nicht einschätzbar wahrgenommen werden oder die Person sich im öffentlichen Raum selbst als verletzbar bzw. handlungsunmüchtig erlebt.

Mit Blick auf diese komplexen Bedingungen rücken im Umgang mit Unsicherheit v.a. soziale Maßnahmen in den Fokus: Erhöhtes Wissen über die Lebenswelten von als „fremd“ wahrgenommenen Gruppen, die Stärkung sozialer Nähe, der Ausbau von Ressourcen oder eine verbesserte Selbstwirksamkeit können das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer des

öffentlichen Raums, mit Irritationen und Risiken umzugehen, steigern. Die Neubesetzung und Aneignung sozialer Räume oder eine gesteigerte Verantwortungsübernahme für deren Gestaltung können Raumwahrnehmungen verändern. Generalisierten Ängsten, gerade im Umgang mit gesellschaftlichen Transformationen, kann über verbesserte soziale Sicherheit oder die Vermittlung von Wissen über z.B. Armut, ökonomische Veränderungen oder Migration begegnet werden. Dabei ist Sicherheit auch hinsichtlich ihrer Zielgruppen umfassend zu denken: Gerade im öffentlichen Raum wird tendenziell auf die Sicherheitsbedürfnisse und -bedarfe von marginalisierten Personen oder von jenen, die den öffentlichen Raum aufgrund ausschließender (Unsicherheits-) Strukturen oder Verdrängung nicht nutzen (können), vergessen. Wenn Sicherheit sowohl inhaltlich als auch akteursbezogen umfassend und mit Schwerpunkt auf das subjektive (Un-)Sicherheitsgefühl gedacht wird, werden ganzheitliche Lösungsansätze offensichtlich.

GWA kann einen möglichen Zugang darstellen, um mit derart komplex bedingten Unsicherheiten im öffentlichen Raum umzugehen. Die international anerkannte soziale Interventionsmaßnahme zielt auf die nachhaltige Bearbeitung von Problemen und Konflikten in sozialräumlichen Kontexten ab (vgl. Oelschlägel 2001) und hat das Potenzial, wechselseitiges Verständnis zu erhöhen, positive Identifikation mit (öffentlichen) Sozialräumen zu ermöglichen, zur gemeinschaftlichen Bearbeitung struktureller Probleme anzuregen und somit auch zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen eines Gemeinwesens beizutragen (vgl. z.B. Hinte et al. 2011). Verschiedene Ansätze von GWA existieren nebeneinander, orientieren sich in unterschiedlichem Ausmaß an emanzipatorischen oder verstärkt

konsens- bzw. wohlfahrtsstaatlich-orientierten Formen, auch bildungsbezogene Ansätze spielen eine Rolle. Was sie vereint, ist das übergeordnete Ziel, nämlich „Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen [zu fördern]“ (Stövesand/Stoik 2013, 21). Durch eine so stattfindende Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Prozesse kann Sicherheit im umfassenden Verständnis verbessert werden.

2. DAS PROJEKT „COMMUNITY WORK’S“

2.1 Ziele, Forschungsdesign und Methoden

Während über die Ziele von GWA in ihren unterschiedlichen Ausformungen weitreichendes Wissen vorhanden ist bzw. lebendige Diskurse geführt werden, fehlen systematische, valide, wissenschaftliche Erkenntnisse zu deren – sozialräumlichen bzw. kontextabhängigen – Wirkweisen, insbesondere mit Blick auf sicherheitsbezogene Effekte. Diese Forschungslücke greift das KIRAS-Forschungsprojekt „community work’s – Gemeinwesenarbeit als Sicherheitsfaktor im öffentlichen Raum: Wirkerkenntnisse und Erfolgsfaktoren“¹ auf. Auf Basis eines multimethodisch angelegten Forschungsdesigns wurden zwischen 2020 und 2022² die Wirkweisen verschiedener GWA-Ansätze in Österreich untersucht und die Ergebnisse hinsichtlich ihrer Sicherheitsrelevanz eingeordnet.

Um den besonderen Herausforderungen der Wirkungserfassung in der sozialräumlichen Sozialen Arbeit gerecht zu werden, wurden mehrere methodische Ansätze kombiniert, wobei auf relevante Erfahrungen zu Wirkungsforschung in der Sozialen Arbeit zurückgegriffen werden konnte (vgl. v.a. Mayrhofer 2017). Konkret

wurden sechs Projekte unterschiedlicher Einrichtungen im öffentlichen Raum hinsichtlich ihrer Wirkungen evaluiert. Um möglichst umfassende Aussagen treffen zu können, wurden diese nach theoretischen Sampling-Kriterien ausgewählt: Berücksichtigt wurden sowohl großstädtische (Wien), mittelstädtische (Salzburg) und kleinstädtische bzw. ländliche Standorte (Tirol). Sozio-ökonomisch bzw. -kulturell diverse Sozialräume wurden ebenso abgebildet wie eine Vielfalt an methodischen Ansätzen bzw. Arbeitsweisen von GWA, d.h., unterschiedliche Positionen auf den Kontinuen „bottom-up“- vs. „top-down“-Ansätzen, staatlicher vs. zivilgesellschaftlicher Verankerung, emanzipatorischer vs. wohlfahrtsstaatlicher und tendenziell konsensorientierter Ausrichtung.

In sechs identifizierten räumlichen Settings (Straßenzüge, Parks, öffentliche Plätze etc.) wurden zwischen April und November 2021 qualitative sozialräumliche Fallstudien durchgeführt. Der methodische Zugang war durch eine ethnographische Haltung geprägt und umfasste unterschiedliche Formen (teilnehmender) Beobachtungen, Leitfaden- und Expertinnen- bzw. Experteninterviews mit unterschiedlichen Akteursgruppen (wie GWA-Fachkräften, Netzwerkpartnerinnen und -partnern der Einrichtungen, Nutzerinnen und Nutzern sowie Anrainerinnen und Anrainern des öffentlichen Raums), Netzwerk-Gespräche und -Mappings. Die so gewonnenen rund 70 Beobachtungsprotokolle und rund 40 Interviewtranskripte wurden mittels einer Kombination inhaltsanalytisch strukturierender und reflexiv deutender Methoden ausgewertet (vgl. Haberhauer et al. 2017, 176–178; Lueger 2010, 186–225). Ergänzend wurden in Anlehnung an Frageformulierungen des österreichischen Sicherheitsmonitors (SIMO) bzw. der Erhebung „Subjektive Sicherheit in Österreich (SUSI 5)“⁴³ für vier ausgewählte

Settings⁴ zwischen Juni und Dezember 2021 kurze standardisierte Face-to-Face-Befragungen im öffentlichen Raum durchgeführt. Für die Erfassung der Wirkungen von GWA auf die objektive Sicherheitslage wurden für Teilräume Daten des SIMO (vgl. Lattacher 2004) analysiert.

Auf dieser Basis konnten auf unterschiedlichen Ebenen Wirkweisen von GWA identifiziert und zueinander in Bezug gesetzt werden. Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse dargestellt, deren Relevanz für Sicherheit diskutiert wird.

2.2 Standardisierte Befragung zu subjektiver Sicherheit im öffentlichen Raum

Mittels der standardisierten Befragung wurden u.a. die sicherheitsrelevanten Wirkungen der Anwesenheit von GWA-Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern im öffentlichen Raum erfasst. Nachfolgend werden beispielhaft die Wahrnehmung von und die Zufriedenheit mit GWA in vier fokussierten Sozialräumen dargestellt. Darauf basierend wird gezeigt, inwiefern Interventionen von GWA das subjektive Sicherheitsempfinden beeinflussen. Grundlage bilden die Daten von insgesamt 185 Befragten (93 Männer, 90 Frauen, 2 „divers“), von denen etwa 70 % als intensive Nutzerinnen und Nutzer der jeweiligen Sozialräume eingestuft werden, d.h., sich zumindest mehrmals pro Woche an diesen aufhalten.⁵

In einem ersten Schritt wurden die Erfahrungen der Nutzerinnen und Nutzer des Raumes mit GWA-Einrichtungen bzw. -Maßnahmen erhoben. Dabei zeigt sich, dass den Befragten mehrheitlich (insgesamt: 52 %) nicht auffiel, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder ähnliche Berufsgruppen im untersuchten Sozialraum im Einsatz waren. Insgesamt gaben nur etwa 6 % der Interviewten spontan an, GWA-Fachkräfte wahrgenommen zu

haben, die direkt den in den Fallstudien untersuchten Projekten zuzuordnen waren. Es wäre jedoch falsch daraus abzuleiten, dass den Befragten keine Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder ähnliche Berufsgruppen anderer Einrichtungen auffielen. Insgesamt gaben nämlich 22 % der Befragten an, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer, namentlich genannter Einrichtungen bemerkt zu haben. Weitere 14 % nahmen Fachkräfte anderer Einrichtungen wahr, konnten jedoch die Institution, für die diese tätig waren, nicht benennen. Auf fotogestützte Nachfrage gaben insgesamt sogar 41 % (76 Personen) an, die im Fokus stehenden GWA-Einrichtungen bzw. deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kennen. Von diesen 41 % hatte knapp die Hälfte (33 Personen) bereits Kontakt zu den GWA-Fachkräften. Die Zufriedenheit mit diesen Kontakten war insgesamt sehr hoch, mit Medianwerten zwischen neun und zehn Punkten auf einer Skala von 0 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“).⁶

2.2.1 Bewertung und Auswirkungen der Präsenz von GWA-Fachkräften

Die Anwesenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Projekte vor Ort oder in unmittelbarer Nähe wurde von den Befragten sehr positiv bewertet, wobei die Medianwerte auf einer Skala von 0 („finde ich überhaupt nicht gut“) bis 10 („finde ich sehr gut“) in Abhängigkeit der einzelnen Projekte zwischen fünf⁷ und zehn Punkten variierten. Auch deren Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Befragten scheint positiv. Über 60 % gaben insgesamt auf direkte Rückfrage an, dass sie sich durch die Anwesenheit der GWA-Fachkräfte ein wenig sicherer (43 % aller Befragten) oder deutlich sicherer (21 % aller Befragten) fühlen. Lediglich zwei Personen (3 %) gaben an, sich dadurch unsicherer zu fühlen. Nur bei rund einem

Drittel der Befragten hatte die Anwesenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl.

2.2.2 Regressionsanalyse des subjektiven Sicherheitsempfindens

Um verlässliche Aussagen über die Auswirkungen von GWA auf das Sicherheitsempfinden der Befragten im konkreten Sozialraum treffen zu können, greift diese direkte Zuordnung jedoch zu kurz. Neben soziodemografischen Merkmalen können andere Faktoren wie das allgemeine Sicherheitsempfinden in der Stadt bzw. dem Ort, bestimmte Merkmale des Raumes, negative Erlebnisse oder die Häufigkeit eines Aufenthalts am Platz das Sicherheitsempfinden beeinflussen. Für ein möglichst genaues Ergebnis hinsichtlich der Wirkungen von GWA müssen diese Effekte berücksichtigt werden. Um hinsichtlich der Auswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen ausschließlich kausale Zusammenhänge zu betrachten, wurde ein Vergleich anhand sogenannter „statistischer Zwillinge“ (Rosenbaum/Rubin 1983) gewählt, mittels derer experimentelle Untersuchungen mit nicht-experimentell erhobenen Daten nachgeahmt werden können. Die grundlegende Idee ist einfach: Es werden nur Personen paarweise verglichen, die sich bei der Wahrnehmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterscheiden. Bei den soziodemografischen Merkmalen usw. sollen die statistischen Zwillinge hingegen möglichst ähnlich sein. Die eigentliche Analyse des Effektes einer wahrgenommenen Anwesenheit der Fachkräfte wird im Anschluss mit multiplen Regressionsanalysen durchgeführt.

Wenn nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der in der vorliegenden Studie untersuchten Projekte, sondern auch solche der GWA bzw. Sozialen Arbeit⁸, die den Projekten nicht direkt zugeordnet

werden konnten, berücksichtigt werden, kann ein positiver, statistisch signifikanter Effekt auf das Sicherheitsempfinden von Besucherinnen und Besuchern der fokussierten öffentlichen Räumen nachgewiesen werden. Durchschnittlich erhöht sich das Sicherheitsempfinden bei Befragten, die Fachkräfte der GWA bzw. allgemein der Sozialen Arbeit im betreffenden öffentlichen Raum wahrnehmen, um etwa einen Bewertungspunkt auf der zehnstufigen Skala.

2.2.3 Wirkungsevaluation anhand von Daten des SIMO

In einem weiteren Schritt wurde anhand von Daten des SIMO überprüft, ob während der Aktivitätszeiträume der untersuchten Projekte Veränderungen der von der Polizei erfassten Straftaten als einer Messdimension der objektiven Sicherheitslage beobachtet werden konnten. Beim SIMO handelt es sich um ein bundesweites Datenanalyse- und Speicherungssystem, das Exekutivbeamten und -beamtinnen zur Aufklärung und Prävention von Straftaten dient. Für eine kausale Wirkungsanalyse der Daten wurde die „synthetische Kontrollmethode“ (Abadie/Gardeazabal 2003) verwendet, die auf Vergleichen mit einer gewichteten Kombination aus anderen Kontrollregionen beruht. Diese Teile werden so ausgewählt, dass die Summe der Teile möglichst nah an die Anzahl der polizeilich erfassten Straftaten vor Beginn der Projekte in der betrachteten Projektregion herankommt, d.h., die Kontrollregionen wurden nicht „willkürlich“, sondern datengesteuert ausgewählt. So ist eine Annäherung an die Frage möglich, wie sich die polizeilich erfassten Straftaten entwickelt hätten, wenn die untersuchten Projekte nicht aktiv gewesen wären. Berücksichtigt wurde allgemein die Entwicklung aller polizeilich erfassten Delikte sowie, gesondert,

die der polizeilich festgestellten Körperverletzungen und der Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz. Im Unterschied zu den oben genannten Ergebnissen der standardisierten Befragung weichen in der SIMO-Analyse die Entwicklungen der Regionen mit GWA-Interventionen von den entsprechenden Entwicklungen in den jeweiligen synthetischen Kontrollregionen statistisch nicht signifikant ab. Das heißt, einerseits zeigen die Fragebogendaten eine Auswirkung der GWA-Präsenz auf das subjektive Sicherheitsempfinden, andererseits sind Veränderungen der objektiven Sicherheitslage auf Basis der SIMO-Daten statistisch nicht nachweisbar. Inwiefern andere, z.B. nicht von der Statistik erfasste bzw. nicht angezeigte oder nicht ins Blickfeld der Exekutive gelangte, Straftaten beeinflusst werden, bleibt offen.

2.3 Sicherheitsrelevante Wirkungen verstehen – Ergebnisse der qualitativen Fallstudien

Über die statistischen Auswertungen können zwar keine Wirkungen von GWA auf die objektive Sicherheitslage, jedoch Effekte von GWA auf das subjektive Sicherheitsgefühl nachgewiesen werden. Nicht erklären können diese Daten hingegen, auf welche Weise GWA wirkt. Erst die Analyse der qualitativen Daten ermöglicht ein Verständnis für die konkreten und komplexen Einflüsse sozialräumlicher Interventionen der Sozialen Arbeit auf das Sicherheitsempfinden in öffentlichen Räumen. Um die Wirkweisen der projekt- und sozialraumabhängig sehr unterschiedlich gestalteten Maßnahmen und Eingriffe abbilden zu können, werden nachfolgend drei Fallbeispiele vorgestellt, die von aufsuchender Sozialer Arbeit bzw. unterstützten Gestaltungsprozessen im urbanen Raum bis hin zu niederschweligen und lebensweltnahen Erwachsenenbildungsprozessen in ländlichen Kontexten reichen.

2.3.1 Fallbeispiel 1: Aufsuchende Soziale Arbeit

Räumlicher Bezugspunkt dieser Fallstudie waren urbane öffentliche Räume wie Parks und Verkehrsknotenpunkte, an denen sich Personen mit teils gegensätzlichen Raumnutzungsinteressen aufhalten, u.a. auch Menschen, die von gesellschaftlichen Ausschlüssen, wie Wohnungslosigkeit, bzw. Armut betroffen sind. Medial, politisch aber auch von Anrainerinnen und Anrainern sowie Nutzerinnen und Nutzern werden genau diese Menschen und deren Verhalten (z.B. Konsum von Alkohol und Suchtmitteln) problematisiert bzw. als Gefahr für die Sicherheit gesehen. Gleichzeitig sind insbesondere diese von Marginalisierung betroffenen Menschen auf öffentliche Räume in hohem Maße angewiesen. Sie haben häufig keine privaten Räume, in die sie sich zurückziehen können. Der öffentliche Raum ist darüber hinaus nicht nur ein wichtiger Ort des sozialen Kontakts, sondern auch ein Ort, an dem Unterstützung durch Soziale Arbeit angeboten werden kann. Das untersuchte GWA-Projekt der aufsuchenden Sozialen Arbeit verfolgt das Ziel, die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums für alle zu verbessern und eine konfliktfreie Nutzung zu unterstützen. Allgemein soll trotz unterschiedlicher Nutzungsinteressen ein verbessertes Miteinander bzw. jedenfalls ein sozial verträgliches Nebeneinander ermöglicht werden. Dabei ist die Soziale Arbeit einerseits gefordert, den gesellschaftlich marginalisierten Menschen Hilfe anzubieten, andererseits steht sie unter Druck, die subjektive Sicherheit von allen Menschen im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Die Forschungsergebnisse zeigen, wie aufsuchende Soziale Arbeit das subjektive Sicherheitsgefühl unterschiedlicher Nutzerinnen und Nutzer sowie Anrainerinnen und Anrainer öffentlicher Räume

sowohl erhöhen als auch verringern kann: Zunächst kann eine von außen erkennbare Dienstkleidung der GWA-Fachkräfte dazu führen, dass Menschen, die von Armut bzw. Wohnungslosigkeit betroffen sind, für andere Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Räume erst sichtbar werden (vgl. Diebäcker 2014, 211; Luimpböck/Wild 2020). Insbesondere wenn öffentliche Räume weniger stark genutzt werden, kann ein sehr zurückhaltendes Intervenieren (möglichst auch ohne von außen erkennbare Dienstkleidung) die Sicherheit von hilfsbedürftigen Menschen erhöhen, ohne weitere Stigmatisierungsprozesse zu verschärfen. Gleichzeitig kann Menschen Hilfe angeboten werden, ohne Sicherheitsbedenken zu fördern, die infolge von Zuschreibungen an bestimmte Gruppen als „fremd“ oder potenziell delinquent wahrgenommen werden.

Anders stellt sich die Intervention von GWA in öffentlichen Räumen dar, die stark genutzt werden, und an denen Armut, Suchterkrankung oder Wohnungslosigkeit bereits entsprechend stark sichtbar sind. Die vorliegende Forschung lässt deutlich erkennen, dass in diesen Fällen die Anwesenheit von durch Dienstkleidung erkennbaren Fachkräften der aufsuchenden Sozialen Arbeit einen positiven Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Nutzerinnen und Nutzer bzw. Anrainerinnen und Anrainer haben kann: Von Armut und Marginalisierung betroffenen Menschen kann direkt geholfen werden, wodurch sich deren objektive Sicherheit erhöht; bei anderen Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raums wirkt die Sichtbarkeit der GWA-Fachkräfte auf zwei Ebenen: Aufklärungsarbeit kann potenziell zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls beitragen, z.B. wenn Anrainerinnen und Anrainer verstehen, dass den betroffenen Menschen keine geeigneten privaten oder öffentlichen Räume (z.B. für den Sucht-

mittelkonsum) zur Verfügung stehen. Dabei wurde in der Forschung jedoch sichtbar, dass Informationsvermittlung nicht notwendigerweise zu mehr Verständnis für die Lebenssituation der von Armut betroffenen Menschen führt, sondern vielmehr Wirkungen in Bezug auf „urbane Gelassenheit“ relevanter sind: Nutzerinnen und Nutzer bzw. Anrainerinnen und Anrainer sehen, dass sich die über die Dienstkleidung erkennbaren Fachkräfte der aufsuchenden Sozialen Arbeit um die marginalisierten Menschen „kümmern“, sich für diese „verantwortlich“ zeigen. Durch diese Repräsentanz der Zuständigkeit kann infolge mit subjektiv erlebten Disorder-Effekten gelassener umgegangen werden.

2.3.2 Fallbeispiel 2: Demokratische „Re-Inklusion“

Über ein zweites Fallbeispiel in einem Stadterweiterungsgebiet, in dem sich durch Zuzug die Bevölkerungsstruktur veränderte, wird deutlich, wie Ausschlüsse Jugendlicher und junger Erwachsener aus dem öffentlichen Raum zu einer Verringerung der subjektiven Sicherheit führen und wie GWA diesen Prozessen entgegenwirken kann: Ausgangspunkt der GWA-Intervention war ein Nutzungskonflikt zwischen jungen Menschen und Bewohnerinnen und Bewohnern von Wohnhäusern, die nahe zu einem sogenannten Ballspiel-„Käfig“ eines Parks neu errichtet wurden. Über Beschwerden zu Lärmentwicklungen erzeugten die neuen Bewohnerinnen und Bewohner auf politischer Ebene Druck, der zur Entfernung des Ballspiel-Käfigs führte, ohne mit den jungen Menschen oder der regional zuständigen Sozialen Arbeit gesprochen zu haben. Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde nicht nur ein wichtiger Aufenthaltsort genommen, sie wurden gleichzeitig faktisch aus den politischen

Entscheidungs- bzw. Raumgestaltungsprozessen ausgeschlossen. Der unerwartete Abriss schuf ein Potenzial für Disorder, die jungen Menschen waren frustriert und versuchten über Interventionen beim Jugendzentrum und der Gemeinde ihren Ballspiel-Käfig und so auch ihren Platz im Sozialraum wieder zurückzubekommen. Die Bemühungen blieben vorerst erfolglos, Veränderungen zeigten sich erst durch die Involvierung des auf die bedürfnisgerechte Gestaltung des öffentlichen Raums ausgerichtete GWA-Einrichtung. Über einen von GWA-Fachkräften gestalteten aufwändigen und mehrwöchigen intensiven Beteiligungsprozess konnten die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen gehört und diese sozialräumlich re-inkludiert werden. Die Soziale Arbeit übernahm dabei v.a. eine wichtige intermediäre Funktion: Sie blieb mit den jungen Menschen im Gespräch, übersetzte und transportierte die Wahrnehmungen des Ausschlusses und deren Interessen an die politischen Akteurinnen und Akteure. In von der GWA mitgestalteten Kommunikationsräumen fand niederschwelliger und direkter Austausch zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen statt, eine Vermittlung zwischen teils gegensätzlichen Bedürfnissen hinsichtlich der Nutzung öffentlicher Räume konnte stattfinden. Gleichzeitig wirkte die GWA darauf ein, dass alternative Orte für die jungen Menschen im Stadtteil gesucht und gestaltet werden. Sichtbar wird, dass GWA einen wichtigen Beitrag für den sozialen Frieden im Stadtteil leisten kann: Nicht nur werden unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse in die Gestaltung öffentlicher Räume übersetzt, Konflikte reduziert und die konkrete Verbesserung der Situation der jungen Menschen bewirkt, GWA wirkt auch darauf, dass Jugendliche sich in politischen Systemen wieder wahrgenommen sehen und demokratisch beteiligen können.

2.3.3 Fallbeispiel 3: Bildungsprozesse im Kontext gesellschaftlicher Transformationen

In mehreren Fallstudien, in denen die GWA-Interventionen keine explizite Sicherheitsfokussierung aufwiesen, wurde deutlich, dass GWA auf die Erhöhung von subjektivem Sicherheitsempfinden wirken kann, indem eine andere Ebene der Auseinandersetzung mit Transformationsprozessen ermöglicht wird. In den konkreten Projekten wurden nicht die Ursachen der Veränderung (veränderter Arbeitsmarkt, Zuzug, ökologische Veränderungen und Klimawandel etc.) zum Gegenstand der GWA, sondern diese war Ausgangspunkt für niederschwellige lebensweltnahe Bildungsprozesse. In den im Fokus der Untersuchung stehenden Regionen waren Auflösungsprozesse dörflicher Strukturen, u.a. durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und Zuzug, beobachtbar. Durch die Aufnahme von Geflüchteten entstanden generalisierte Ängste, der Klimawandel drängte auf eine Auseinandersetzung mit ökologischen Veränderungen im ländlichen Raum. Von der GWA unterstützte Gemeinschaftsgärten ermöglichten über eine konkret gelebte Praxis eine Auseinandersetzung mit diesen abstrakten Ängsten. Begegnungsorte mit geflüchteten Menschen oder neuen Dorfbewohnerinnen und -bewohnern wurden geschaffen, Kommunikationsräume geöffnet. Durch den direkten Kontakt zu zugezogenen Menschen konnte die mit den Veränderungsprozessen einhergehende Angst reduziert werden. Die im Garten engagierten Menschen waren infolgedessen weniger mit einem abstrakten Problem konfrontiert, sondern gefordert, im Umgang mit konkreten Menschen Handlungsstrategien zu entwickeln, und konnten sich Wissen zu deren Lebenswelten aneignen. Ängste wurden dabei nicht nur durch diesen direkten Kontakt abgebaut, sondern reduzierten sich auch

dadurch, dass Menschen sich als selbstwirksamer in Bezug auf diese Transformationen erlebten. Ähnliche Beobachtungen konnten in Bezug auf Bildungsprozesse in Zusammenhang mit dem Klimawandel (nachhaltige Produktion, regionaler Anbau etc.) und Verdichtungsprozessen in Siedlungsstrukturen gemacht werden. Die Interventionen der GWA waren dabei stark bottom-up-orientiert: Nicht konkrete Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen zu den „großen“ Themen der Transformationen standen im Zentrum, sondern bereits die Schaffung eines durch unterschiedliche Personen gestaltbaren Raums entfaltete entsprechende Wirkungen. Diese waren nicht nur bei den in den Gärten direkt engagierten Menschen beobachtbar. Auch Nachbarinnen und Nachbarn des Gemeinschaftsgartens und lose angebundene Vereine oder kommunale Vertreterinnen und Vertreter setzten sich infolge der neuen räumlichen Gestaltungen zu einem gewissen Grad notwendigerweise mit den Veränderungen auseinander. Prozesse des Abbaus von Ängsten wurden somit auf einer breiteren Ebene angeregt, Transformationen wurden greifbar und v.a. auch unmittelbar und lebensweltlich relevant bearbeitbar.

3. CONCLUSIO

Für die Erhöhung von Sicherheit im öffentlichen Raum ist Sicherheit notwendigerweise breit zu denken, d.h., neben objektiver Sicherheit müssen auch das subjektive Sicherheitsgefühl unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure sowie seine Erhöhung und zudem die komplexen Ursachen einer somit ganzheitlich verstandenen Unsicherheit mitgedacht werden. Maßnahmen, die darauf abzielen, Unsicherheit zu reduzieren bzw. Sicherheit herzustellen, dürfen sich demnach nicht in Überwachung, Kontrolle und Sanktion erschöpfen. Vielmehr sind (auch) soziale

Maßnahmen gefragt, die Wissen vermitteln, Konflikte produktiv bearbeiten und Verständnis für unterschiedliche Lebenswelten fördern, Menschen dabei unterstützen, Räume mitzugestalten, Verantwortung für den Sozialraum zu übernehmen und handlungsermächtigend wirken. GWA ist ein Ansatz, der zu dieser Zielerreichung beitragen kann.

Die Ergebnisse der Studie „community work’s“ zeigen auf mehreren Ebenen sicherheitsrelevante Wirkungen von GWA: Auch wenn Effekte von GWA auf objektive Sicherheit, v.a. wenn diese über das Ausmaß der dokumentierten Strafdaten erhoben wird, statistisch nicht nachweisbar sind, zeigen sich statistisch signifikante Wirkungen der Präsenz von Fachkräften der Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum auf das subjektive Sicherheitsgefühl. Die qualitativen Daten der Untersuchung illustrieren die unterschiedlichen Arten und Weisen, in denen GWA dieses beeinflusst: So kann aufsuchende Soziale Arbeit, gerade wenn sie entsprechend raumsensibel agiert, die Sicherheit marginalisierter Menschen im öffentlichen Raum positiv beeinflussen. Gleichzeitig können in von Irritationen und Widersprüchen geprägten urbanen Räumen „urbane Gelassenheit“ erhöht, Ausschluss- und Verdrängungsprozesse hingegen reduziert werden. Konflikte können durch von GWA angeleitete und unterstützte Prozesse produktiv und v.a. auch inklusiv bearbeitet, die Beteiligung unterschiedlicher und v.a. auch artikulationsschwacher Gruppen an demokratischen Prozessen kann, gerade hinsichtlich der Gestaltung öffentlicher Räume, erhöht werden. Räumliche Gestal-

tungen regen Kommunikations- und Bildungsprozesse an. Gerade im Umgang mit generalisierten Ängsten in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen kann GWA zu Selbstwirksamkeitserfahrungen beitragen, abstrakte Sicherheitsbedenken können im direkten Handeln bearbeitet werden.

Dabei zeigt die Studie jedoch auch deutlich, dass Interventionen der sozialräumlichen Sozialen Arbeit bzw. der GWA nicht per se und unmittelbar subjektive Sicherheit erzeugen. Vielmehr konnte empirisch aufgezeigt werden, wie Maßnahmen und Fachkräfte der GWA über unterschiedliche Ansätze soziale Räume gestalten. Sie organisieren und begleiten Gemeinschaftsgärten, sie eröffnen Räume, in denen Menschen ihre Bedürfnisse und Interessen formulieren und aushandeln können. Auch nehmen GWA-Einrichtungen Einfluss auf das soziale Klima in einer Stadt oder einer Siedlung, sie können zu sozialem Frieden beitragen. Dabei ist jedoch mitzudenken, dass die Inklusion von Menschen und Gruppen immer das Risiko von Exklusion anderer birgt. In Abhängigkeit der Prozesse, über die soziale Räume gestaltet werden, können Menschen potenziell auch ausgeschlossen und unter Umständen infolgedessen Disorder-Effekte befördert werden. Die Aufgabe einer am Gemeinwesen orientierten sozialräumlichen Sozialen Arbeit ist es daher, diese Ausschlussprozesse im Blick zu behalten und ihnen entgegenzusteuern. Nur so können die Potenziale von GWA im öffentlichen Raum Wirkungen entfalten, die die Sicherheit aller Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Räume im Blick haben.

¹ Das Projekt „community work's“ wurde im Sicherheitsforschungs-Förderprogramm KIRAS des Bundesministeriums für Finanzen finanziert.

² Infolge der Covid-19-Pandemie war die Forschung, u.a. aufgrund der veränderten Bedingungen im öffentlichen Raum bzw. der Auswirkungen auf die Arbeitsweisen der Projekte, vor besondere Herausforderungen gestellt. Diese Bedingungen wurden in der Forschungsplanung methodisch und inhaltlich berücksichtigt; v.a. zielte die Auswertung darauf ab, über die spezifischen Bedingungen der Pandemie die dahinterliegenden und auf allgemeiner Ebene wirkenden Prozesse und Wirkweisen von GWA – unabhängig der Zeit der Pandemie – zu rekonstruieren.

³ Der unveröffentlichte Fragebogen wurde dem Forschungsteam zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit ausgewählter Fragen zur Verfügung gestellt.

⁴ Für die anderen zwei Settings wurde aus methodischen Gründen auf eine standardisierte Erhebung verzichtet.

⁵ Ob die erfasste Stichprobe repräsentativ für die Nutzerinnen und Nutzer oder Adressatinnen und Adressaten der Projekte ist, kann nicht zweifelsfrei beantwortet werden, da Informationen über die Merkmale der relevanten Grundgesamtheit fehlen bzw. nicht zugänglich sind.

⁶ Aufgrund der geringen Anzahl von Bewertungen ist die Aussagekraft dieses Ergebnisses jedoch begrenzt.

⁷ Für diese Einrichtung liegen nur vier Antworten vor, d.h., die Aussagekraft dieses vergleichsweisen niedrigen Medians ist eingeschränkt.

⁸ Gefragt wurde nach Fachkräften der Sozialen Arbeit, Jugendarbeit bzw. im Streetwork oder ähnlichen Berufsgruppen.

Quellenangaben

Abadie, Alberto/Gardeazabal, Javier (2003). *Economic Costs of Conflict: A Case Study of the Basque Country*, *American Economic Review*, 93 (1), 113–132.
 Diebäcker, Marc (2014). *Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum (= Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit 13)*, Wiesbaden.

Diebäcker, Marc/Wild, Gabriele (Hg.) (2020). *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*, Wiesbaden, Heidelberg.

Farrall, Stephen D. et al. (2009). *Social Order and the Fear of Crime in Contemporary Times*, Oxford/New York.

Feltes, Thomas/Reiners, Paul (2019). *Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Bochum. Exemplarische Befunde der Bochumer Dunkelfeldstudie 2015/2016 (»Bochum IV«)*, *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 102 (2), 89–103.

FFG [Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft] (o. J.). *Der Begriff Sicherheitsforschung*, Online: <https://www.kiras.at/das-programm/definition> (24.03.2023).

Fuchs, Walter (2017). *Öffentliche Sicherheit in Wien. Working Paper No. 20*, IRKS (Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie), Wien.

Haberhauer, Judith et al. (2017). „What the hell is going on here?“ *Zur Methodik der sozialräumlichen Fallstudien*, in: Mayrhofer, Henna (Hg.), *Wirkungsevaluation mobiler Jugendarbeit. Methodische Zugänge und empirische Ergebnisse*, Opladen, 165–180.

Häfele, Joachim (2013). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*, Wiesbaden.

Hinte, Wolfgang et al. (Hg.) (2011). *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven*, Weinheim.

Hirtenlehner, Helmut (2006). *Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2), 307–331.

Hirtenlehner, Helmut/Hummelsheim, Dina (2015). *Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden. Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten)*, in: Guzy, Nathalie et al. (Hg.), *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland, Band 1, Ziele, Nutzen und Forschungsstand*, Wiesbaden, 458–487.

Köhn, Anne/Bornewasser, Manfred (2012).

- Subjektives Sicherheitsempfinden*, in: Frevel, Bernhard (Hg.), *Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt – Working Paper Nr. 9*, Münster.
- Kunz, Karl-Ludwig/Singelnstein, Tobias (Hg.) (2021). *Kriminologie. Eine Grundlegung*, Bern.
- Lattacher, Siegbert (2004). *Sicherheitsmonitor. Frühwarnsystem bei Kriminalität, Öffentliche Sicherheit*, 3–4, Online: https://bmi.gv.at/magazinfiles/2004/03_04/files/sicherheitsmonitor.pdf (20.11.2023).
- Lüdemann, Christian (2006). *Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum: eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2), 285–306.
- Lueger, Manfred (2010). *Interpretative Sozialforschung: die Methoden*, Wien.
- Luimpöck, Sabrina/Wild, Gabriele (2020). *Inszenierung und Diskriminierung: Der öffentliche Raum als Schauplatz diskursiver Stigmatisierung und Benachteiligungsbewältigung*, in: Diebäcker, Marc/Wild, Gabriele (Hg.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*, Wiesbaden, Heidelberg, 115–131.
- Mayrhofer, Hemma (2017). *Forschungsdesign und Methodik*, in: Hemma Mayrhofer (Hg.), *Wirkungsevaluation mobiler Jugendarbeit. Methodische Zugänge und empirische Ergebnisse*, Opladen, 31–39.
- Oelschlägel, Dieter (2001). *Gemeinwesenarbeit*, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.), *Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik*, Neuwied, Kriftel, 653–659.
- ÖIF [Österreichischer Integrationsfonds] (2020). *Soziale Brennpunkte im Kontext von Migration und Integration. Erkenntnisse einer Fokusgruppenuntersuchung mit verschiedenen Berufsgruppen und einer Befragung unter der Wiener Bevölkerung*, Wien, Online: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OeIF_FB_SozialeBrennpunkte.pdf (23.03.2023).
- Rosenbaum, Paul R./Rubin, Donald B. (1983). *The central role of the propensity score in observational studies for causal effects*, *Biometrika* (70), 41–55.
- Schewe, Christoph S. (2006). *Subjektives Sicherheitsgefühl*, in: Lange, Hans-Jürgen/Gasch, Matthias (Hg.), *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*, Wiesbaden, 322–325.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph (2013). *Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung*, in: Stövesand, Sabine et al. (Hg.), *Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden*. Deutschland – Schweiz – Österreich, Opladen, 14–36.